rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionaren jugend

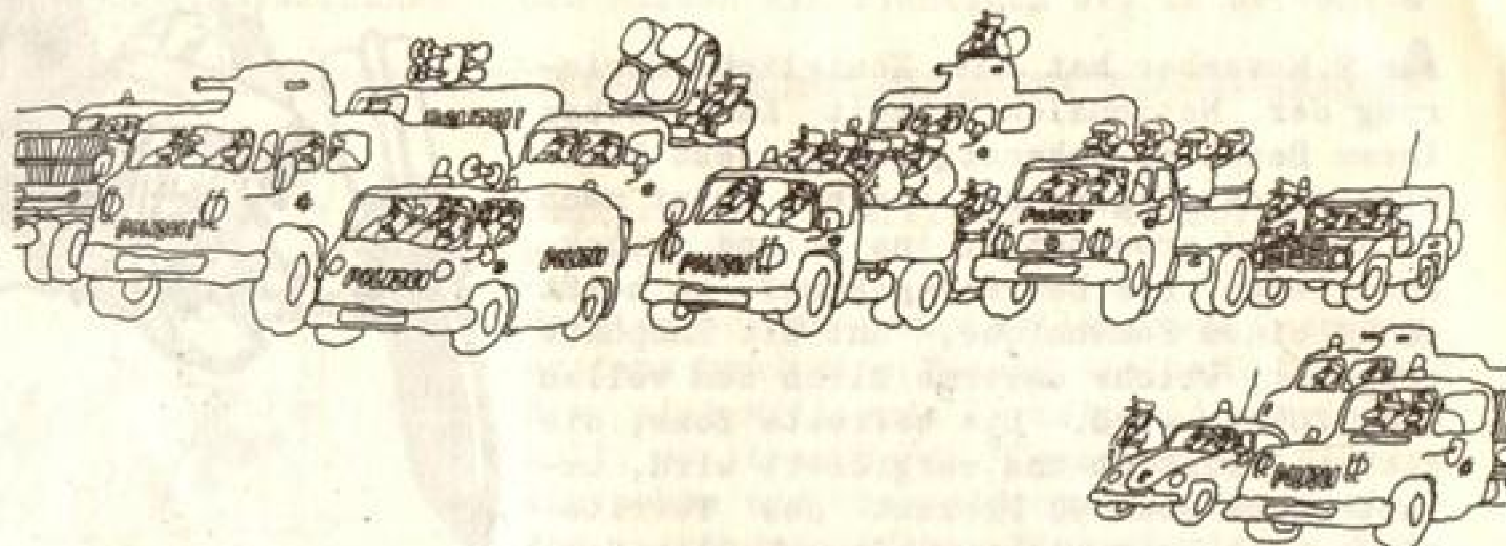
Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) Herausgeber und Verleger Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P b b Verlags postamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

„Polizeigewalt gegen Kinder“





Kinder, wie die Zeit vergeht. Jetzt ist's schon wieder Jahre her, seitdem sich der „Kurier“ im Twen-Shop nicht nur als Meinungs-, sondern auch als Geschäftemacher bewährt hat. Der Twen-Shop, der hat hingehauen. Und die Polizei auch. Letztere allerdings nur auf die Schüler, die es damals gewagt hatten, gegen die tüchtigen Unternehmer zu demonstrieren, welche gekonnt tiefenpsychologisch der Jugend den letzten Schilling aus der Tasche zaubern. Schulter an Schulter mit den hehren Ordnungshütern kämpfte damals auch Herr Herbert O. Glattauer, Mitglied der „Kurier“-Mannschaft. Er soll — so sagten Zeugen — einen Schüler niedergeschlagen haben. Was Herr Herbert O. bei Gericht jedoch verschämt bestritt; der Schüler wäre von selbst gestürzt.

Wie dem auch sei, es ist verblüffend, daß ausgerechnet Herr Glattauer dieser Tage dem Polizei-Stadthauptmann von Wien 3 einen offenen Brief schrieb. Titel: „Polizeigewalt gegen Kinder“, und auszugsweiser vorwurfsvoller Inhalt: „Werden sie (die Polizisten) wieder Kinder, 14- und 15jährige, schlagen, wegstoßen, an den Mänteln zerren, anbrüllen ...? Was berechtigt Ihre uniformierte Kampftruppe, Hand an Kinder zu legen?“

Potzblitz, so denkt man nun, der Mann hat seit seiner letzten Griechenlandfahrt erkannt, wohin es führt, wenn sich ein Rechtsstaat nicht nach Recht, sondern nach rechts richtet. Doch der gute Eindruck täuscht. Herbert O. hat's nur scharf auf jene Polizisten, die selbst beim unpolitischesten Popkonzert noch zum Knüppel greifen. Und — was seine Kritik entwertet — Herbert O. ist erst grantig seit jenem denkwürdigen Konzertabend, bei dem er selbst das Opfer hysterischer Prügelpolizisten wurde. (Tja, Freund, wenn deine Freunde und Helfer allzu tüchtig hinhauen, dann treffen sie mitunter auch den Helfershelfer.)

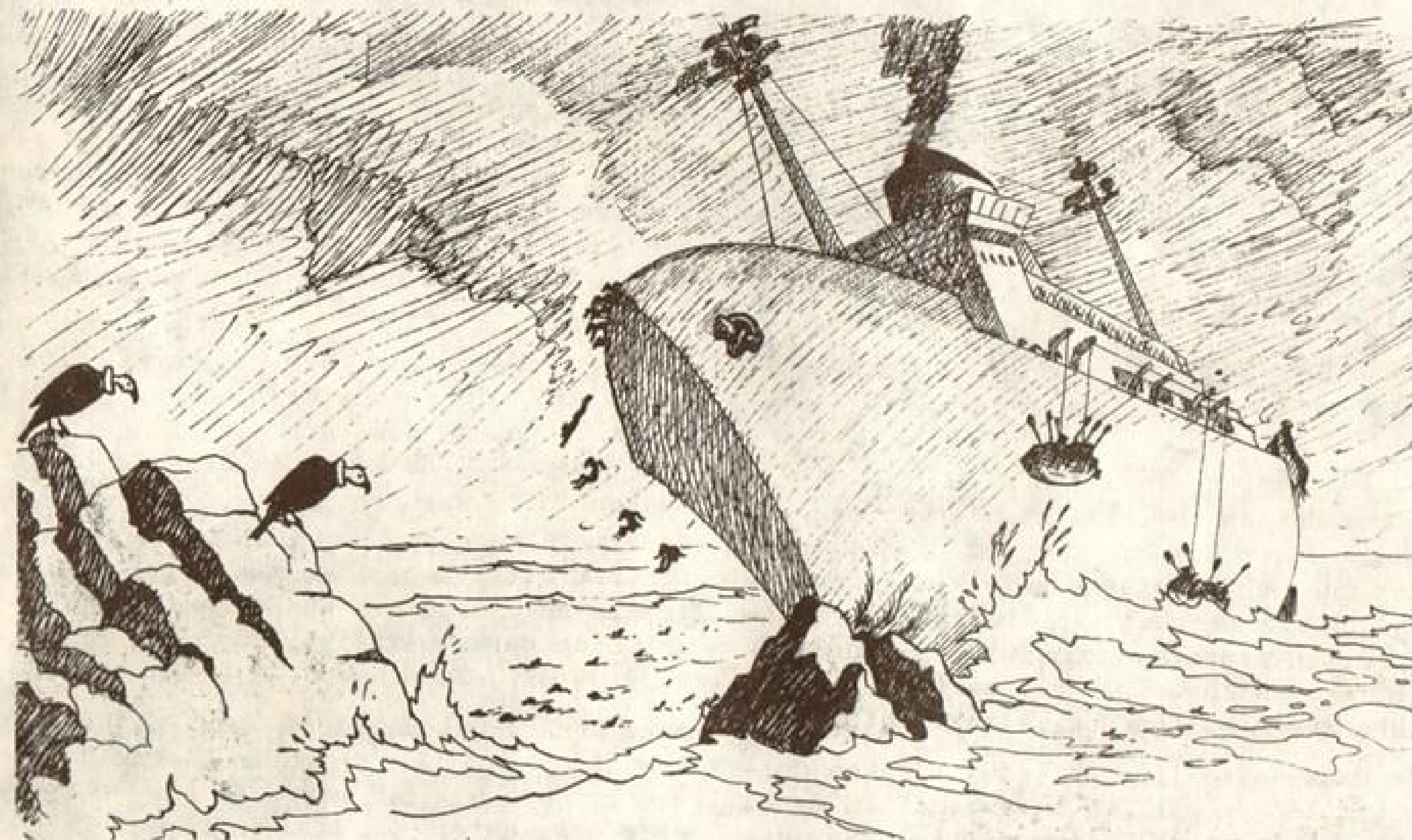
Die offenen Worte Ihres offenen Briefes, Herr Glattauer, überzeugen also nicht. Denn ausgerechnet Sie, mein Bester, unterstützten doch sehr wortgewandt — man kann auch sagen schlagfertig — die uniformierte Kampftruppe, die im Twen-Shop heldenhaft ein paar Halbwüchsige maßregelte. Auch sonst sind Sie nicht zimperlich. Sie schrieben zum Beispiel keine Zeile, als die Polizei in Salzburg Anti-Nixon-Demonstranten (darunter auch Mädchen) genüßlich zusammenschlug. Demnach sind Sie entweder inkonsequent oder Sie tun den Polizisten jetzt Unrecht. Schließlich und endlich hat die Polizei die edle Pflicht, allezeit zur Verteidigung des bürgerlichen Staates bereit zu sein; das ist sozusagen ihre Bürgerpflicht. Zumindest steht's so ähnlich im „Kurier“.

Nun werden Sie einwenden, daß ein paar übermütige Popfans bestimmt nicht den Staat gefährden. Das mag sein. Aber, wie gesagt, die Polizei hat jederzeit bereit zu sein. Und wie soll sie bereit sein, wenn schon so lang kein Nixon mehr bei uns war? Wie soll die Exekutive schlagkräftig bleiben, wenn es ihr an Übung mangelt? Wer rastet, der rostet, heißt es. Um nicht zu rosten, trainiert die Polizei eben auch bei den geringfügigsten Anlässen und zuweilen an den unbedeutendsten Personen. Sollten Sie, Herr Glattauer, bei solcher Gelegenheit beschädigt werden, dann reißen Sie sich bitte gefälligst zusammen. Jede Beule, jede Schramme, jeder blaue Fleck dient einer guten Sache. Denken Sie daran und seien Sie als Staatsbürger stolz darauf. ●

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nummer 43 · Dezember 1973



Die »Wohlstandsgesellschaft« hat Schiffbruch erlitten

Raten Sie, wer daran schuld ist. (Lösung auf Seite 3.)

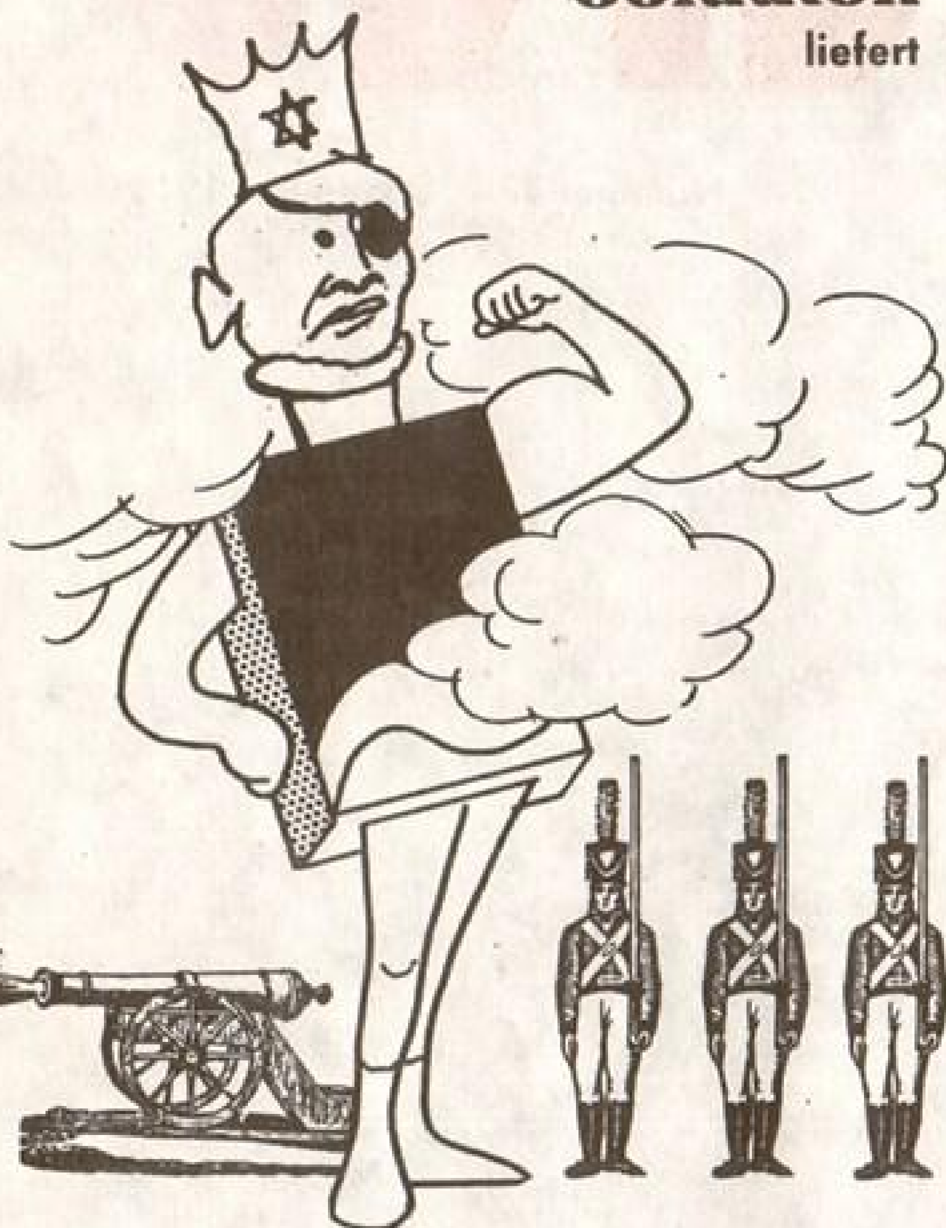
Israel kann im Nahen Osten nur deshalb den weißen Riesen spielen, weil ihm die eine Supermacht

Kanonen und

die andere Supermacht

Soldaten

liefert



Die modernen Revisionisten erweisen sich immer wieder als Experten in grenzenlosester und schäbigster Heuchelei. Auch bezüglich der derzeitigen Ereignisse im Nahen Osten exerzieren sie auf das deutlichste vor, welch unüberbrückbare Kluft zwischen ihren Worten und Taten liegt.

Die Presseabteilung der sowjetischen Botschaft in der BRD gibt zweimal im Monat eine Publikation mit dem Titel "Sowjetunion heute" heraus. In der Ausgabe Nr.21 vom 1. November 1973 wird eine Rede veröffentlicht, die der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Kossygin, während eines Banketts für den dänischen Ministerpräsidenten A. Jörgensen hielt. Ich werde daraus einige Male zitieren, um in dieser Form erneut den Wahrheitsbeweis für die obige Behauptung zu erbringen.

So erklärte Kossygin, die UdSSR werde "auch weiterhin die Solidarität mit arabischen Völkern in deren gerechten Kampf stärken." Wie kann man aber etwas stärken, was offensichtlich nicht vorhanden ist. Zugegeben, die neuen Zaren liefern keine Waffen an Israel, dies besorgt der amerikanische Imperialismus. Aber selbst absolute Nichtexperten in militärischen Fragen wissen, daß Waffen immer noch von Menschen bedient werden müssen. Hier zeigt die Kreml-Clique, wie "solidarisch" sie wirklich ist! Sie schickt nämlich dieses Menschenmaterial, welches die faschistische Führung Israels für ihre kriminell-politischen Akte dringend benötigt. Die Zahl der Juden, welche Moskau im September aus der Sowjetunion nach Israel schickte, hat 3.650 betragen. Aus diplomatischen Quellen ist zu erfahren, daß die entsprechende Zahl für den Oktober auf 4.200 gestiegen ist. Allein 1972 konnte Israel seine Bevölkerung um 32.000 Menschen aus der UdSSR verstärken; gewiß werden sich Breschnew und Co. bemühen, in diesem Jahr zumindest die gleiche Zahl zu erreichen, denn bisher sind es ja "erst" 28.000.

Kossygin weiter: "...für niemand ein Geheimnis, daß die Ursache für die Lage im Nahen Osten die aggressive Politik der herrschenden Kreise Israels ist. Diese Kreise, unterstützt und begünstigt von außen her, vereitelten alle Anstrengungen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und arbeiteten auf einen militärischen Konflikt in diesem Raum hin."

Wer ist es denn, welcher von "außen" her in erster Linie unterstützt und begünstigt? Weshalb nennt Kossygin die Dinge nicht beim Namen? Ganz klar, einerseits zieht Moskau mit Washington am selben Strang, andererseits gibt es zwischen den beiden imperialistischen Supermächten selbstredend unvermeidlich Konkurrenz. Und diese ist hauptverantwortlich für die gegenwärtige Situation.

Aber Kossygin behauptet: "Die Sowjetunion sucht nichts für sich in diesem Raum." Die Tatsachen, mit vernünftiger Überlegung betrachtet, strafen ihn Lügen. Tschou En-lai hat völlig korrekt und ohne jede Vertuschung auf einem Essen zu Ehren des australischen Premier Whitlam die unzweifelhafte Wahrheit vorgebracht, daß beide Supermächte, also USA und UdSSR gleichermaßen um die Vormachtstellung im Nahen Osten kämpfen. Die revisionistische Führung sucht sehr wohl etwas für sich im Nahen Osten und die legitimen Interessen ihrer arabischen "Verbündeten" gelten diesen schmutzigen Verrätern nur solange etwas, wie es den eigenen Interessen entspricht.

F.P., Westdeutschland ●

für die volksmacht Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Erscheint monatlich. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Schuld sind die Araber. Und die Hamsterer.

Jahrzehntelang galt es als ehernes Gesetz der Wirtschaft, daß jede kleine Lohnerhöhung eine große Preiserhöhung nach sich zöge. Weil allerdings in letzter Zeit eine kleine Minderheit (etwa 90 % der Bevölkerung) nicht mehr so recht an dieses Gesetz glaubte und weil deshalb eine schreckliche Gesetzlosigkeit mit Streiks und Lohnforderungen drohte, deshalb mußte etwas gschehn. Und es geschah auch was. Kaum war der Nahostkrieg ausgebrochen, da trat bei uns gewissermaßen ein neues Gesetz in Kraft: Schuld an jeder Preiserhöhung sind jetzt die verdammten Ölscheichs. Und die tepperten Hamsterer.

Über Nacht waren die Tankstellen plötzlich ausverkauft, obwohl ein unvorsichtiger Minister knapp zuvor noch sagte, Österreichs Vorräte reichten für zwei Monate. (Da entfallen laut Statistik auch ein paar tausend Liter Heizöl und Benzin auf Sie, lieber Leser, weshalb wir Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen können. Wo haben Sie das gehamsterte feuergefährliche Zeug gelagert? In Waschtrögen? In Badewannen? Oder in zigtausend alten Bierflaschen?) Gerüchte, wonach die Unternehmer Brenn- und Treibstoff zur Durchsetzung der inzwischen prompt erfolgten Preiserhöhung zurückgehalten hätten, sind selbstverständlich nur eine böswillige Erfindung von seiten aufrührerischer Elemente.

Die Hamsterwut indes griff auch auf Lebensmittel über. Mit einemmal verschwanden 20 000 Tonnen Mehl aus den Geschäftsregalen, weshalb jetzt natürlich die Konsumenten selber schuld dran sind, daß dadurch das Mehl knapp und daher teurer wurde. Bitte, eine unvorsichtige Arbeiterkammer hatte zwar erklärt, die letzte Weizenernte sei so gut ausgefallen, daß Österreich 140 000 von den insgesamt 600 000 Tonnen gar nicht verbrauchen könne, aber was wissen denn Arbeiter schon von Angebot und Nachfrage?

Des weiteren schwemmte die Hamsterwelle noch etliche andere Waren weg, infolge irgendeines geheimnisvollen Zufalls jedoch stets nur solche, die preiserhöhungsverdächtig waren, wie Reis, Grieß, Zucker, Teigwaren. Daß dabei nicht nur die Lebensmittelläden, sondern sogar die dem gewöhnlichen Käufer gar nicht zugänglichen Großhandelslager ratzekahl geplündert wurden, macht die Sache nur noch rätselhafter. Gerüchte, daß die Unternehmer diese Waren beiseitegeräumt hätten, um sie dann zum neuen, höheren Preis verkaufen zu können, entbehren aber natürlich jeder Grundlage.

Schuld sind, wie gesagt, die Araber. Und schuld sind auch Sie, lieber Leser; oder wir alle miteinander. Nur die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die ist über jeden Verdacht erhaben. Wie immer.



Aber jetzt Spaß beiseite, denn gegen das neue Preiserhöhungs„gesetz" schützt uns niemand. Im Gegenteil, die Regierung der „Arbeiterpartei" spielt dabei kräftig mit, und die Gewerkschaftsbonzen sind auch nicht besser. Wenn wir vom Wert unserer Arbeitskraft nicht noch mehr verlieren wollen, müssen wir die Sache in unsere eigenen Hände nehmen. Wir müssen eben unsere Arbeitskraft teurer verkaufen. Das bedeutet: sich zusammenschließen, Forderungen formulieren und in den Betrieben dafür einheitlich und geschlossen eintreten. In einigen Betrieben haben sich die Arbeiter bereits einen Teuerungsausgleich geholt. Sie haben sich um verräterische Gewerkschafts- und Parteibonzen nichts gepfiffen, haben Betriebsräte zum Kampf gezwungen und waren erfolgreich!

Unsere Forderung ist absolut berechtigt: Für einen sofortigen Teuerungsausgleich! ●

Die neuen Zaren plündern Indiens Wirtschaft

Die UdSSR und Indien sind gleichberechtigte Partner - so wird es jedenfalls behauptet. Der Haken dabei ist nur, daß Breschnew - und das zeigen die Tatsachen - gleicher als gleich ist.

"Moskau stand an der Wiege der wichtigsten Zweige der indischen Industrie", heißt es in einem Artikel in der "Volksstimme" vom 23. November. Ein gewisser Wladimir Simonow will dort weismachen, daß Rußlands wirtschaftliche Hilfe a) völlig uneigennützig und b) ein wahrer Segen für Indien wäre. So "uneigennützig" sind jedoch die russischen Hilfeleistungen nicht, denn Moskau stand nicht nur "an der Wiege" der wichtigsten indischen Industriezweige, sondern kontrolliert bereits einen beachtlichen Teil von diesen. Denn die mit russischer Hilfe gebauten Werke sind gerade die Schlüsselbetriebe ganzer Industriezweige und in diesen Werken führen wiederum die russischen "Experten" und "Techniker" das große Wort. Um konkrete Zahlen zu nennen: Rußland hat 85 Prozent der Maschinenbauindustrie, 60 Prozent des Elektrizitätswesens, 35 Prozent der ölverarbeitenden Industrie, 38 Prozent der Stahlproduktion sowie 20 Prozent der Stromerzeugung Indiens in seiner Hand. Die russischen "Berater" haben das Monopol bei der Konstruktion und der Versorgung mit Maschinen und Ersatzteilen in den mit russischer Hilfe errichteten Unternehmen. Ihre Verfügungsgewalt geht bis zum Management dieser Betriebe. Dadurch konnte Rußland Indien nicht nur alte Maschinen und veraltete Technologien aufzwingen. Auch bei der Lieferung von Ersatzteilen sind die Betriebe völlig von Rußland abhängig.

Die "Wirtschaftshilfe" Rußlands stellt nichts anderes als einen gigantischen Kapitalexport zur Ausplünderung Indiens dar. Der Autor des Artikels in der "Volksstimme" beschwert sich darüber, daß "maoistische Fälscher" und andere sogenannte "berufsmäßige Desinformatoren", wie es so schön im Tass-Jargon heißt, behaupten, daß sich aus der Verwandlung Indiens in ein russisches Anhängsel Dividenden ergäben. Hält man sich die enormen Profite vor Augen, die Rußland aus den Krediten an Indien zieht, so stimmt es wirklich, daß riesige "Dividenden" in die UdSSR fließen.

Indien ist bereits derart verschuldet, daß es im Jahr um ein Viertel mehr an Rußland für die Rückerstattung alter Darlehen auf Zins und Zinseszins bezahlen muß, als es im selben Jahr an neuem Kredit erhält. Da Rußland auf der termingemäßen Rückzahlung der Darlehen besteht und auf wirtschaftliche Schwierigkeiten des Schuldnerlandes keine Rücksicht nimmt, muß Indien stets neue Schulden machen, um die alten bezahlen zu können. So verstrickt es sich immer mehr in Schulden und wird immer mehr von Rußland abhängig. Bestätigt das nicht voll und ganz die Worte Lenins, daß die Imperialisten "scheinbar politisch unabhängige Staaten schaffen, die jedoch wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind."? Die Tatsachen bestätigen aber auch unsere Feststellung, daß die Kreml-Herren waschechte Imperialisten sind.

Auf den ersten Blick scheinen die russischen Kredite mit 2,5 Prozent Zinsen und einer Laufzeit von 12 Jahren vorteilhaft zu sein. Das ist aber wirklich nur auf den ersten Blick so. Denn die russischen Kredite sind nämlich Warenkredite und Rußland verlangt dabei für seine Waren weit überhöhte Preise. Die Bezahlung der Kredite, ihrer Zinsen sowie der russischen Militärhilfe erfolgt in Form indischer Waren, die wiederum unter dem Weltmarktpreis verrechnet werden müssen.

Dadurch muß Indien weit mehr als 2,5 Prozent Zinsen zahlen. Deshalb würde Indien seine Waren auch lieber auf dem Weltmarkt verkaufen, was aber durch die Kreditvereinbarungen nicht möglich ist.

Beweise dafür: Rußland hat Indien z.B. gezwungen, bei Verkäufen in die "Sowjet"-union 30 Prozent der Exportsteuer auf Jute zu erlassen sowie die Exportpreise von Stahlprodukten um 10 bis 20 Prozent zu senken. Erst kürzlich wurde bekannt, daß Rußland für indische Strickwaren nur um 15 Prozent mehr als vor zwei Jahren bezahlt, obwohl die Rohwollpreise um 400 Prozent gestiegen sind. Die indischen Exportpreise wurden von Rußland um 20 bis 30 Prozent unter das Weltmarktniveau gedrückt. Aber die Sozialimperialisten begnügen sich nicht nur mit Zinswucher und Preisdrückerei. In letzter Zeit eifern sie auch dem westlichen Kapitalexport nach und gründen zusammen mit indischen Großkapitalisten gemeinsame Unternehmen.

In der "Volksstimme" heißt es: "In der sowjetischen Volkswirtschaft finden aus Indien stammende Bagger, Waggons, Elektromotoren, Garageneinrichtungen, Farbstoffe und chirurgische Instrumente Verwendung." Diese billigen, von Rußland mit einem Bettel bezahlten hochwertigen Güter dienen vor allem der Erschließung Sibiriens, welche so durch die Ausbeutung Indiens mitfinanziert wird. Daß es für das indische Volk aber kein Vorteil ist, wenn die indischen Bagger, Waggons usw. statt in Indien sich in Russisch-Fernost befinden, liegt auf der Hand. Die angeblich "uneigennützige Hilfe" entpuppt sich somit als schlimmste Ausplünderung.

Als Musterbeispiele "sozialistischer" Hilfeleistung werden von den Revisionisten die beiden großen indischen Stahlwerke Bhilai und Bokaro präsentiert. Obwohl Bhilai seit vielen Jahren fertiggestellt ist (der Bau begann 1955 nach dem Machtantritt Chruschtschows), befinden sich im Werk noch immer 60 Russen, die das indische Leitungspersonal kontrollieren. Das Werk wurde von Rußland mit derart minderwertigen Ausrüstungen und Material ausgestattet, daß die Kosten höher liegen als jene von gleichwertigen Betrieben in der UdSSR.

Der Bau von Bokaro begann 1965. Anfänglich war an der Planung auch eine indische Firma beteiligt, die aber schließlich von den Revisionisten aus der Planung hinausgeworfen wurde. Sodann erstellte das russische Zentrale Planungsinstitut der metallverarbeitenden Unternehmen (Gipromez) einen detaillierten Plan, der Indien trotz Widerstand aufgezwungen wurde. Der indische Professor Harish Kapur schreibt in einem Buch, daß sich "die sowjetische Regierung weigerte, die Planung des Projektes Bokaro mit Indern zu teilen und Indien 350 sowjetische Experten aufzwang, obwohl die indische Regierung der Ansicht war, daß indische Ingenieure die Arbeit allein tun könnten". Am Rande sei noch bemerkt, daß diese russischen Experten in Bokaro eigene Wohngebiete mit allem Komfort vom Nachtklub bis zum Swimming-Pool haben, in die kein Inder ohne Genehmigung hineindarf. Kein Wunder, daß eine indische Zeitung feststellte: "Bokaro hat sich wahrhaftig in eine russische Kolonie verwandelt."

Die "Volksstimme" weiß auch von "neuen Formen der Kooperation" zwischen Indien und Rußland zu berichten. Sie gibt dafür ein Beispiel: "So gelangt sowjetische Baumwolle in indische Textilfabriken, um als moderner Stoff in die UdSSR zurückzukehren." Diese Form der Ausnutzung der billigen indischen Arbeitskräfte durch Rußland ist aber überhaupt nicht neu, sondern die altbekannte imperialistische "Verlagerung der Produktion in Niedrig-Lohn-Länder". Darauf weist auch ein Ausspruch des indischen Außenhandelsministers Mishra hin, der 1972 nach der Unterzeichnung eines Handelsprotokolls mit Rußland erklärte: "Indien ist bereit, die Herstellung von Produkten, die hohe Arbeitsintensität erfordern, auf sich zu nehmen."



Andere Leute – andere Sorgen



Daß Rußland der Drahtzieher der indischen Aggression gegen Pakistan war, ist ja bekannt. Die Militärhilfe, welche die UdSSR Indien "gewährt", ist für den Sozialimperialismus ein weiteres Mittel, dieses Land an sich zu ketten. Die Militärausgaben Indiens sind gegenüber der Zeit des Aggressionskrieges gegen Pakistan um 16 Prozent auf 2,1 Milliarden Dollar gestiegen. Die Militärausgaben machen damit 21 Prozent (!) der gesamten Staatsausgaben aus. Diese Unsummen, welche die Rüstung verschlingt, haben zu einem Budgetdefizit von umgerechnet 900 Millionen Dollar geführt und die Inflation in Indien gewaltig angeheizt.

Angesichts der gewaltigen Ausplünderung der Rohstoffe, Fertigprodukte und Arbeitskräfte durch Rußland ist es kein Wunder, daß sich in Indien die Stimmen gegen die Unterwerfung unter die Sowjetunion mehren. Weil in der "Volksstimme" behauptet wird, es denke in Indien niemand an den Beziehungen zur UdSSR zu rütteln, wollen wir einige indische Pressestimmen zitieren: Der "Hindustan Standard" schrieb, Rußlands "Geschäfte mit Indien bedeuten in Wirklichkeit, das Blut und den Schweiß der Arbeiter auszusaugen!" Die Zeitung "March of the Nation" sprach in bezug auf das Stahlwerk Bokaro von einem "sowjetischen Kolonialismus in Bokaro". Die Wochenzeitung "Point of View" schließlich schrieb: "Die sowjetische Wirtschaft basiert heute auf dem Streben nach Profit. Weil die Sowjetunion in ihren Beziehungen mit anderen Ländern, besonders mit jenen der Dritten Welt, den Charakter eines räuberischen imperialistischen Staates angenommen hat, der darauf aus ist, jeden Vorteil aus diesen Ländern herauszupressen, ist die sowjetische Hilfe alles andere als uneigennützig."

Aus diesen Stimmen geht hervor, daß man auch in Indien beginnt, den russischen Imperialismus zu durchschauen. Dort, wo es Ausbeutung und Unterdrückung gibt, dort gibt es auch Widerstand. Die Völker der Welt, die den amerikanischen Imperialismus schon lange durchschaut haben und ihn bekämpfen, werden auch die Machthaber im Kreml als das erkennen, was sie sind: als aggressive Imperialisten! ●

Mao Tsetung: Ausgewählte militärische Schriften (492 Seiten) . . . . S 30,—

Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (96 Seiten) S 10,—

Bestellungen an: 1205 Wien, Fach 3

Umsturz in Thailand

Die Lage der thailändischen Arbeiter verschlechtert sich immer mehr. Zugleich steht die thailändische nationale Bourgeoisie vor dem Ruin. Gegen die herrschende Clique von Militärmachthabern und Geschäftemachern, die als einzige von dieser Entwicklung profitieren, wuchs der Widerstand der Bevölkerung an. Schon vor geraumer Zeit flammte in den Provinzen der Volkskrieg auf. Aber die Empörung über das barbarische Unterdrückungsregime des Marschalls Kittikachorn und seines Stellvertreter Praphas Churusatien wuchs auch in den Städten. Im vorigen Jahr wurde im ganzen Land der Boykott ausländischer Waren, besonders japanischer, erkämpft und das Volk verlangte Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Wirtschaft, die der ruinösen Konkurrenz des amerikanischen und japanischen Imperialismus ausgesetzt ist.

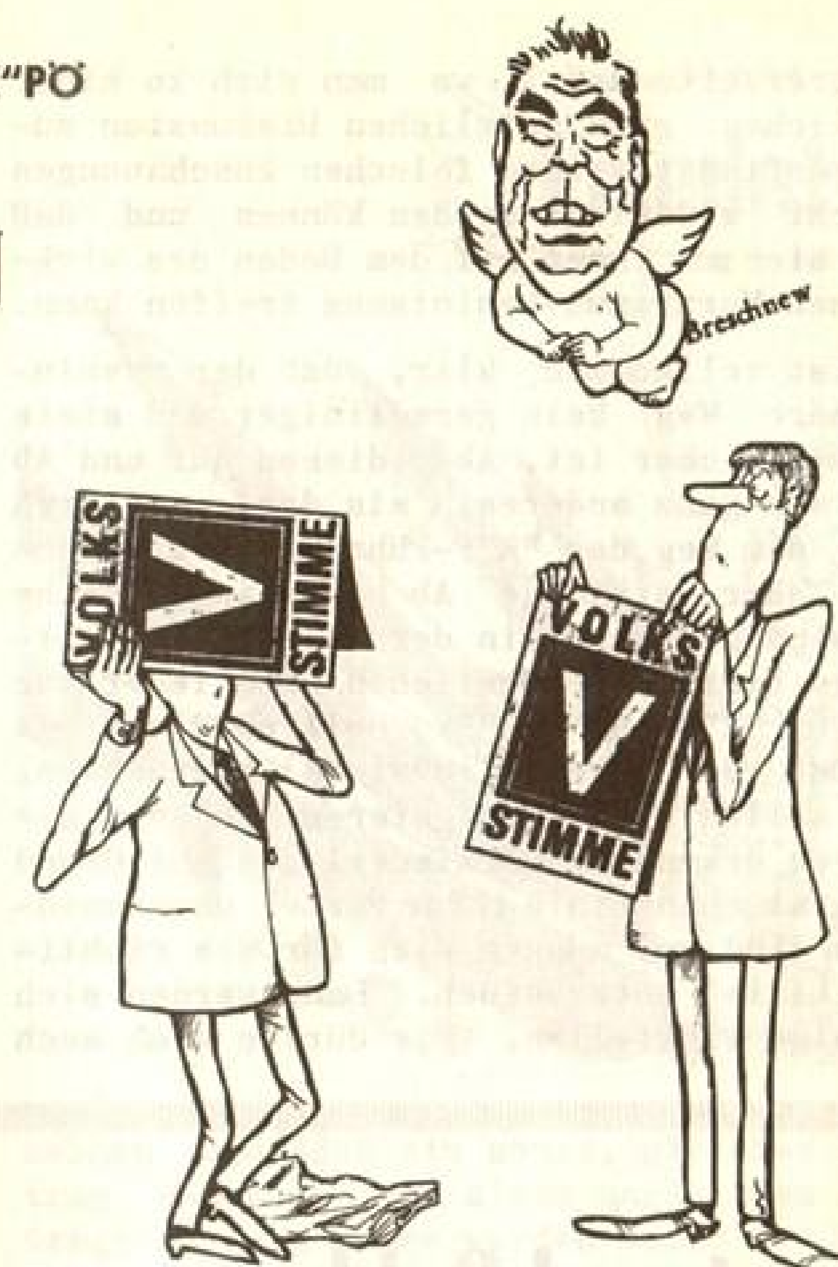
In diesem Jahr wuchs auch der Kampfgeist der thailändischen Arbeiterklasse. Bis zum 2. Oktober brachen 178 Streiks aus. Die Streikkämpfe erfaßten die Eisenbahn, die Stahlwerke sowie Textil- und Bergarbeiter. Gegenüber 1972 verfünffachten sich die Streiks. Allein im Juli und August 1973 kam es zu mehr als siebzig Streiks, woran sich über 50.000 Arbeiter beteiligten.

In dieser Situation entwickelte sich der Kampf der Studenten, welche Wahlen und eine neue Verfassung forderten. Als die Kittikachorn-Clique 13 Studentenführer verhaften ließ, gingen am 13. und 14. Oktober 200.000 Studenten, buddhistische Mönche, Arbeiter und Bauern auf die Straße. Sie forderten die Abdankung der Militärjunta und Gericht über sie. Der Sohn Kittikachorns, Oberst Narong, ließ das Feuer auf die Demonstranten eröffnen. 400 Menschen wurden ermordet. Aber auch das konnte das Militärregime nicht mehr retten. In ganz Bangkok gingen Polizeistationen in Flammen auf. Am Abend gab König Bhumobol in einer Rundfunk- und Fernsehrede den Rücktritt der Regierung bekannt und ernannte den Richter Sanya Thamasak zum neuen Regierungschef. Trotzdem Thanom gestürzt wurde, geht der Kampf weiter. Denn die gerechten Forderungen der Studenten und der Arbeiter sind noch nicht erfüllt.

Am 15. Oktober setzten sich Kittikachorn und Praphas mit ihren Familien ins Ausland ab. ●

Trotz des Segens von ganz droben erlebt die „K"PÖ bei jeder Wahl das gleiche:

Die übliche Enttäuschung



Bei den Gemeinderatswahlen in Wien hat die "K"PÖ trotz dem Gerede von der "echten" Opposition im Rathaus und von der "K"P-Führung als den "echten Freunden der Arbeiter" nicht nur gegenüber den Nationalratswahlen keine Stimmen gewonnen, sondern gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen 5.000 Stimmen verloren. Im Zuge des Wahlkampfes um Posten und Pfründe hat die Führung der "K"PÖ Unmengen von Papier und Millionen von Schilling hinausgeschleudert. Es ist ihr auch gelungen, einen Großteil von ehrlichen Genossen zu aktivieren. Besonders junge Mitglieder des "Kommunistischen" Studentenverbandes ("K"SV) und der "Kommunistischen" Jugend ("K"JÖ) waren aktiv.

Es war aber hinausgeworfenes Papier und Geld, und auch der Einsatz und die Opferbereitschaft ehrlicher Menschen war umsonst. Kein Wunder. Falsche Theorien können eben nicht zum Erfolg führen.

Die Funktion der "K"P-Manager als Sprachrohr der russischen Imperialisten haben die arbeitenden Menschen schon längst durchschaut und lehnen daher die "K"P ab. Und die Behauptung, die "K"PÖ-Führer seien die besseren Arbeitervertreter", war ebenfalls fruchtlos, denn wo immer die "K"P in der Praxis auftritt, sehen die Arbeiter, daß ihre Interessen verraten werden. Wenn z.B. die Arbeiter zu betrieblichen Kampfmaßnahmen entschlossen sind, sucht die "K"PÖ sie abzuwiegeln, indem sie auf den ÖGB verweist, ohne den man ja nichts machen könne.

Die arbeitenden Menschen haben in zunehmendem Maße genug. Genug von den Wahlversprechungen der Parteien, die nach den Wahlen alle nicht erfüllt werden. Die werktätigen Menschen verspüren wachsendes Unbehagen gegenüber den vom kapitalistischen System präsentierten Parteien, die ihnen von rechtsaußen bis "links"außen präsentiert werden, um dem Volk Demokratie vorzugaukeln. Und deshalb nehmen die arbeitenden Menschen der zur Futterkrippe drängenden "K"PÖ ihre Rolle als "Arbeiterpartei" nicht ab.

Zweifellos war die Tatsache, daß die VRA seit nunmehr fast 5 Jahren, wenn auch noch mit geringen Kräften, den Kampf darum führt, das Wesen der bürgerlichen Scheindemokratie den Arbeitern klarzumachen, mitentscheidend, daß gerade die "K"PÖ sich nicht die Stimmen unzufriedener Arbeiter holen konnte, daß von dem sogenannten "Vormarsch" der "K"PÖ bei den Wahlen nichts zu sehen war.

Durch die verheerende Politik, welche die Revisionisten den ehrlichen Genossen der "K"PÖ, der "K"JÖ und der "K"SV aufzwingen, wird deren Kampfgeist und deren Einsatzbereitschaft mit Füßen getreten. Sie werden im Interesse der revisionistischen Parteibosse verheizt. Nach vielfältigen Enttäuschungen resignieren sie schließlich und gehen für den Klassenkampf verloren. Diese Resignation zeigt sich dann in Aussprüchen wie: die Arbeiter seien "blöd", es sei mit ihnen "nichts anzufangen". Und indem die Revisionisten als Sozialismus ausgeben, was gar keiner ist, rauben sie der Arbeiterklasse das Vertrauen zum wirklichen Sozialismus, nehmen ihr die Perspektive und demoralisieren sie sogar bewußte Menschen.

In Diskussionen mit jungen Mitgliedern der revisionistischen Organisationen haben wir immer wieder festgestellt, daß sie zwar einerseits eine "feste" Haltung vertreten in bezug auf die Linie der "K"PÖ und auf die "Sowjetunion", daß aber

andererseits dort, wo man sich zu einer ehrlichen grundsätzlichen Diskussion zusammenfindet, ihre falschen Anschauungen leicht widerlegt werden können und daß man sich mit ihnen auf dem Boden des wirklichen Marxismus-Leninismus treffen kann.

Es ist vollkommen klar, daß der revolutionäre Weg kein geradliniger und stets erfolgreicher ist. Aber dieses Auf und Ab ist ein ganz anderes, als das, was sich auf dem Weg der "K"P-Führung zeigt. Denn das eher ständige Ab hat seine Ursache notwendigerweise in der falschen politischen Linie. Die ehrlichen Mitglieder von "K"PÖ, "K"JÖ und "K"SV sollten die Dinge einmal von diesem Blickwinkel betrachten. Sie sollen nicht resignieren, sondern sie müssen erkennen, daß Niederlagen auf Grund der falschen Linie ihrer Partei unvermeidlich sind und müssen sich für die richtige Linie entscheiden. Dann werden sich Erfolge einstellen. Sie dürfen sich auch nicht auf die nächsten Wahlen vertrösten lassen, wo ein Grundmandat doch "greifbar" wäre.

Die verräterische Führung will ihren Weg noch weiter gehen. Das zeigt auch das als Diskussionsgrundlage für den kommenden "K"P-Parteitag veröffentlichte Aktionsprogramm, das die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution vollkommen leugnet.

Wie der revisionistische Weg endet, hat die Entwicklung gezeigt. Die Erfahrungen in Chile sollten für die ehrlichen "K"Pler eine ernste Lehre sein. Die Politik der Parteibonzen vom Höchstädtplatz führt, wenn man ihr nicht entschlossen entgegentritt, die Arbeiter wehrlos ins Verderben (wie in Chile) oder zwingt sie unter das Joch des russischen Imperialismus. Eine solche Politik muß bekämpft werden. Gegen diese Politik müssen die ehrlichen Menschen in den "K"P-Organisationen rebellieren. ●

Sport und Geld



Das Wort "Sport" ist im 15. Jahrhundert in England aufgekommen und aus dem lateinischen Zeitwort "disportare" (zerstreuen) entstanden. Seinem Wesen nach müßte der Sport immer als Lieblingsbeschäftigung, freiwillig und ohne die Absicht, durch ihn zu Geld zu kommen, ausgeübt werden. Sport im eigentlichen Sinn des Wortes ist immer Amateursport. Die berufsmäßige Ausübung des Sportes, die offen oder versteckt auf Geldgewinn oder andere persönliche Vorteile zielt, wird Professionalismus (Berufssport) genannt. Es ist nicht immer einfach, den Amateursport vom Professionalismus abzugrenzen. Durch übertriebenen und unkameradschaftlichen Ehrgeiz und sportliche Gewinnsucht sind schon viele junge Sportler verdorben worden.

Was man bei der Weltmeisterschaft als "Zerstreuung" und Amateursport zu sehen bekommt, ist für die Unternehmer großes Geschäft und Profit. Der Großteil der Zuschauer weiß, daß die Amateure unter den Sportlern bei solchen Wettbewerben selten sind, die meisten Sportler bekommen für das, was sie uns zeigen, sehr viel Geld.

Dieses Geld ist jedoch gering im Vergleich zu dem, was die Unternehmer aus Veranstaltungen wie Weltmeisterschaften und Olympiaden herausholen. Durch das Ausscheiden der Fußballmannschaft der Engländer bei der Weltmeisterschaft 1974 in Deutschland haben wir ein Beispiel erhalten, welches uns die Profite der Kapitalisten bei derartigen Veranstaltungen sehr deutlich zeigt. Allein die Erzeuger von Farbfernsehgeräten trauern mehr als 500 Millionen Schilling nach, denn um diese Summe wollten sie für die Weltmeisterschaft Farbfernsehgeräte verkaufen. Die britischen Reisebüros büßten etwa 4,5 Millionen Schilling ein und die Andenkenindustrie verliert ungefähr 7 Millionen Schilling.

Man sieht also, daß die Kapitalisten auch aus dem Sport ein Geschäft gemacht haben. Und so ist der Sport nicht da für die Gesundheit des Volkes, für die körperliche Ertüchtigung sowie auch zur Völkerverständigung, sondern beinhaltet im Kapitalismus das Streben nach Ausbeutung, Profit und Macht.

Fr.P., Wien ●

In den letzten fünf Jahren hat Rußland seine Truppen an den chinesischen Grenzen verdreifacht. Während 1968 in Osteuropa 31, im Fernen Osten 15 russische Divisionen stationiert waren, stehen heute an den Grenzen zu China rund 5o meist atomar bewaffnete und offensiv ausgerüstete Divisionen - mehr als eine Million Mann.

Am 24. September hat nun Breschnew erklärt, daß Rußland der Volksrepublik China Mitte Juni den Abschluß eines Nichtangriffspaktes und eines Gewaltverzichtsabkommens vorgeschlagen hat. China habe darauf aber nicht reagiert und sei somit gegen den Frieden und die Entspannung.

Wie steht es nun wirklich mit dem russischen Vorschlag? Er ist reinste Demagogie, denn seit 195o besteht zwischen China und der Sowjetunion ein Freundschafts- und Beistandspakt, dessen Inhalt den Abschluß eines Nichtangriffspaktes ja überflüssig macht. Freilich, Verträge scheinen für die Sozialimperialisten nur ein Fetzen Papier zu sein, nicht mehr. Sie haben ja seinerzeit alle ihre Verpflichtungen gegenüber China nicht eingehalten und hunderte Verträge gebrochen, wodurch der Volksrepublik großer wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Und die Tatsache, daß sie den chinesischen Vorschlag eines beiderseitigen Rückzuges der Truppen von den Grenzen als Grundlage für gleichberechtigte und vom Druck militärischer Bedrohung freie Verhandlungen ablehnten und statt dessen ihre Truppen in Fernost massieren, spricht Bände.

Zudem ist aus dem Verhalten der russischen Imperialisten bei den chinesisch-russischen Grenzverhandlungen klar zu erkennen, wie sie es mit der "Entspannung" meinen. Diese Verhandlungen sind seit Jahren um keinen Schritt weitergekommen. Dabei geht es der VR China nicht um Rückgabe des im 19. Jahrhundert von den Zaren gestohlenen Territoriums. "Ausgehend von der Erwägung, daß der zaristisch-russische Imperialismus China zur Unterzeichnung dieser Verträge" (der ungleichen Verträge, durch welche der Zar China ein Territorium von mehr als einer Million Quadratkilometer entriß, d.Red.) "zwang, als das chinesische wie das russische Volk rechtlos waren; daß daher das sowjetische Volk keine Verantwortung dafür trägt, sowie von der Erwägung aus, daß breite Massen der sowjetischen Werktätigen lange Zeiten in diesen Gebieten angesiedelt sind"(Erklärung der Regierung der VR China vom 24. Mai 1969), erklärte China, daß es bereit sei, diese ungleichen Verträge als Grundlage anzunehmen und "daß ein neuer, gleicher Vertrag anstelle der alten ungleichen Verträge abgeschlossen werden muß."



Diese Forderung ist auch voll und ganz im Sinne Lenins, denn 192o erklärte die Sowjetregierung "alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen wurden, für außer Kraft gesetzt, daß sie auf alle eroberten Gebiete des chinesischen Territoriums, auf alle russischen Konzessionen in China verzichtet und China alles unentgeltlich und für immer zurückgibt, was ihm von der zaristischen Regierung und der russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde."

Breschnew und Kossygin bestreiten aber ebenso wie seinerzeit Chruschtschow den ungleichen, räuberischen Charakter der China aufgezwungenen Verträge und behaupten, daß Lenin "nirgendwo und niemals die Grenze zwischen der Sowjetunion und China in Frage gestellt" hätte. Diese Haltung dokumentiert deutlich, daß Breschnew nicht an der Normalisierung der chinesisch-russischen Beziehungen interessiert ist. Im Gegenteil: Weiterhin werden die Truppen an der chinesischen Grenze verstärkt.

Die russischen "Entspannungs"vorschläge dienen nicht der Lösung der zwischen Rußland und China bestehenden Probleme. Sie sind nur ein Trick, um "friedliche Gesinnung" zur Schau zu stellen, um zu verdecken, daß die russische Führung schon längst in die Fußstapfen der Zaren getreten ist und deren Weltherrschaftspläne begierig aufgegriffen hat! ●



Der große »Bruder«

So sehr die russischen Imperialisten selber ihre angebliche "Uneigennützigkeit", ihren sogenannten "Internationalismus" loben mögen, das Sprichwort sagt ganz richtig: Eigenlob stinkt! Heute durchschauen die Völker immer mehr, daß Rußlands Politik nichts anderes ist als nackte Großmachtpolitik. Die russischen Führer sind ebenso Imperialisten vom Scheitel bis zur Sohle wie Nixon.

Genauso, wie einst die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg in den Spuren Hitlers die Weltherrschaft zu erringen trachteten und noch immer trachten, so tritt heute Rußland in die Fußstapfen der angeschlagenen USA, um sich zum Oberherren der Welt aufzuschwingen. Die USA haben sich nicht gescheut, offen zu bekennen, daß sie gegen den Kommunismus, gegen die Arbeiterklasse und gegen die um ihre Befreiung ringenden Völker kämpfen. Ihr Schlagwort dabei war: "Verteidigung der freien Welt gegen den Kommunismus". Anders die russischen Imperialisten. Ihre Gefährlichkeit kommt gerade darin zum Ausdruck, daß sie ihre Aggressionspolitik als "sozialistische" Friedenspolitik oder "brüderliche Hilfe" tarnen.

So, wie einst Hitler seine Kriegsvorbereitungen als einen Befreiungskampf gegen das Versailler Diktat der Räuber und Kolonialisten England, Amerika und Frankreich ausgab, genauso spricht heute die Moskauer Propaganda mit scheinsozialistischer Phrase von einem angeblichen Kampf Rußlands gegen den Imperialismus, gegen Kolonialismus und Krieg. Das Wort "Sozialimperialismus", mit dem die Marxisten-Leninisten den russischen Imperialismus bezeichnen, trifft genau zu: In Worten gibt er sich sozialistisch, in seinen Taten zeigt er sich als Imperialismus. Daß seine Tarnung aber immer mehr von den Völkern durchschaut wird, zeigt sich heute deutlich.

In Asien

soll das russische "System der Kollektiven Sicherheit" es ermöglichen, den Befreiungskampf der Völker zu unterdrücken und den amerikanischen Konkurrenten aus Asien zu drängen. Die asiatischen Länder sollen zur russischen Aufmarschbasis gegen Volks-China gemacht werden.

In vielen Staaten haben sich gegen diese "kollektive Sicherheit" Stimmen erhoben. So erklärte die pakistanische Zeitung "Caravan", daß die "Neutralität und Blockfreiheit durch einen derartigen Pakt geschädigt" würden. Das nepalesische Wochenblatt "Jana Jagriti" wiederum schreibt:

"Es wäre unheilvoll für Nepal, in das asiatische System der kollektiven Sicherheit einbezogen zu werden." Der Premier Pakistans schließlich erklärte: "Pakistan wird sich in keinem Fall irgendeiner Hegemonie unterwerfen."

Während Rußland mit der kollektiven Sicherheit hausiert, verstärkt es gerade in der letzten Zeit seine Expansion. So hat es seine Flottenmanöver um Japan intensiviert und japanische Zeitungen enthüllten, daß es sogar Stützpunkte von Japan verlangt. Im Kampf um die Vorherrschaft im pazifischen Raum hat die russische Flotte ihre Operationen bis Guam und Hawaii ausgedehnt. Die japanische Monatszeitschrift "Ostwind" stellte fest, daß es für Rußland ein dringendes Bedürfnis sei, "Häfen in anderen Ländern als Stützpunkte zu erhalten. Es heißt, daß Matsushima auf Japan sowie Tschetschudo in Südkorea dazu auserwählt wurden." Auf einem Massenmeeting des japanischen Solidaritätskomitees mit den afro-asiatischen Völkern wandte sich der Vorsitzende des Komitees ebenfalls gegen das russische "Sicherheits"system und hob außerdem hervor, daß die Massierung von Truppen an der chinesischen Grenze nicht nur China, sondern auch Japan bedrohe.

Im Nahen Osten

hat Rußland die Palästinenser und die arabischen Länder verraten und verkauft. Das hat sich noch nie so deutlich gezeigt wie während des letzten Nahostkrieges.

Die pakistanische "Nawaiwaqt" schrieb unter der Überschrift "Rußland betrügt die Araber ein weiteres Mal": "Bedeutet das wirklich Freundschaft, seine Freunde in der Stunde der Gefahr zu verlassen und mit ihren Feinden zu konspirieren. Das ist nackter Betrug, die selbe Art des Betrugs, den die Russen auch 1967 an den Arabern begingen,"

Arabische Zeitungen schrieben, die den Arabern von den beiden Supermächten aufgezwungene Feuereinstellung sei "eine imperialistische Falle, die den Arabern Schaden bringt und ihren revolutionären Elan lähmen soll." "Die Resolution des Sicherheitsrats bedeutet Unterdrückung des Kampfeswillens der arabischen Völker. Sie ist eine Verschwörung gegen die Existenz der Palästinenser."

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat am 22. Oktober die UNO-Resolution der beiden Supermächte zurückgewiesen und bekräftigt, daß das palästinensische Volk gewillt ist, den Kampf für die Wiedererlangung seiner nationalen Rechte fortzusetzen.

Das Organ der Algerischen Nationalen Befreiungsfront stellt fest: "Jede Feuereinstellung ist nichts als eine Unterbrechung der Feindseligkeiten, die es dem zionistischen Staat ermöglicht, Atem zu schöpfen und sich wieder zu bewaffnen..." Die Zeitung schrieb weiter, daß das Recht der Palästinenser auf eine Rückkehr in ihre Heimat in der UNO-Resolution nicht anerkannt wurde. "Sie (die Palästinenser - d.Red.) werden ihren Kampf fortsetzen, denn ihre Freiheit kommt aus den Gewehrläufen." Abschließend heißt es in dem Artikel: "Die Lehren, welche die Araber aus dem Krieg gezogen haben sind die, daß sie sich allein auf ihre eigene Kraft verlassen können" und auf ihre Einheit. Sie müssen Öl und ihr ganzes Wirtschaftspotential als Waffe anwenden.

Die angeführten Stellungnahmen zeigen, daß die arabischen Völker immer mehr erkennen, daß nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Rußland im Nahen Osten seine imperialistischen Ziele verfolgt. Hand in Hand damit geht die Erkenntnis, daß sie sich vom Einfluß beider freimachen müssen, wenn sie ihre Geschicke selbst bestimmen wollen.

In Europa

wollen die Sozialimperialisten ihre Expansionsbestrebungen mit der "Sicherheitskonferenz" und der Konferenz für beiderseitigen Truppenabbau tarnen. Tatsächlich setzen sie aber alles daran, ihren politischen Einfluß in Europa zu verstärken. Sie versuchen, die europäischen Kapitalisten mit großen Wirtschaftsverträgen zu



ködern, wobei sie sich gänzlich über die Souveränität ihrer osteuropäischen Satellitenländer hinwegsetzen, indem sie diese ganz einfach in ihre Pläne einbeziehen. Gleichzeitig spekulieren sie darauf, daß eine Regierungsbeteiligung der größten revisionistischen Parteien - in Frankreich und Italien - eine Veränderung der Lage zugunsten der russischen Absichten ermöglichen wird. Darüber können auch die "Meinungsverschiedenheiten" mit den verräterischen Führern dieser Parteien nicht hinwegtäuschen.

Hinzu kommt noch die tatsächlich unverhüllte militärische Drohung, die durch die ständige Verstärkung der in Osteuropa stationierten russischen Truppen noch offenkundiger wird. Es ist daher auch die falsche Geisteshaltung gewisser Leute im Westen verständlich, die angesichts dieser Drohung lediglich empfehlen: "Lernen wir in russischer Sprache die Worte: Wir ergeben uns."

Das alles betrifft auch Österreich. Daher gilt es, äußerst wachsam zu sein, wenn jetzt im Zuge der "Energieplanung" davon die Rede ist, daß Erdöl- und Erdgasverträge mit den Machthabern im Kreml angestrebt werden sollen. Es kann auch keine Rücksicht geben bei der Entlarvung der österreichischen Agenten des Sozialimperialismus in der Führungsspitze der "K"PÖ. Das Trumpf-As dieser Leute stellt tatsächlich eine "Hilfeleistung" à la Tschechoslowakei dar. Und sie versäumen keine Gelegenheit, diese "Möglichkeit" ihren Mitgliedern einzusuggerieren. Und die wieder sollen diesen Gedankengang in die arbeitenden Menschen tragen. Gerade jetzt, da der Monopolkapitalismus den werktätigen Massen in zunehmendem Maße untragbar erscheint und sie sich zwangsläufig Gedanken über eine Änderung machen, ist dies besonders gefährlich. Denn die "K"P-Führer wollen eine imperialistische Aggression

durch Rußland als Befreiung vom Kapitalismus und Weg zum Sozialismus darstellen.
Es liegt im Interesse des österreichischen Volkes, daß unser Land unabhängig ist und eine echte Neutralitätspolitik betreibt. Die Wahrung dieser Interessen kann aber niemals den kapitalistischen Machthabern und ihren Vollzugsorganen überlassen werden. Sie muß eine Angelegenheit des werktätigen Volkes sein. Die Entwicklung in Europa macht es zur Aufgabe der Marxisten-Leninisten und aller fortschrittlichen Menschen, in dieser Frage den Massen den richtigen Weg zu weisen! ●

Rassenjustiz in Südafrika



Da haben die Vollstrecker des rassistischen Regimes von Pretoria elf streikende Afrikaner rücksichtslos über den Haufen geknallt und 27 weitere schwer verwundet. Wie es sich in einem "Rechtsstaat" gehört, muß die Sache "selbstverständlich" untersucht werden und dies ebenso selbstverständlich von der "unabhängigen" Justiz.

Wie das in der Republik Südafrika ausgehen kann, ist natürlich klar. "Schuld" sind natürlich die unterdrückten schwarzen Volksmassen. Was lehnen sie sich denn immer wieder gegen die Unterdrückung durch eine faschistische weiße Minderheit auf? Ein Richter hat "geurteilt" und niemand kann jetzt mehr an der "Unschuld" der Polizei zweifeln. Ihr Vorgehen war keine "Amtspflichtverletzung", sondern "pflichtgemäßes Verhalten". Möglicherweise hat der Richter Badenhorst mit seinem "unabhängigen" Spruch gar nicht so unrecht. Denn die wirklich Schuldigen sind ja die Vorster (Premierminister und Polizeiminister), Mulder (Innenminister) und andere Subjekte dieses Rassistenstaates.

F.H., Westdeutschland ●

Steuermilliarden fürs Militär in Israel

Zu Beginn des jüngsten Nahostkrieges erklärte der israelische Vorsitzende des Komitees für Staatsfinanzen Neudorfer: "Jede Kriegsstunde kostet uns 45 Millionen Israelpfund!" Am 1. November hat der israelische Finanzminister Sapir dies bestätigt, indem er erklärte, daß allein die erste Woche des Krieges Israel fast 8 Milliarden israelische Pfund (das sind umgerechnet 2 Milliarden US-Dollar) gekostet habe.

Hereingebracht werden sollen diese Unsummen erstens durch eine Zwangsanleihe in Israel, die eine Milliarde Israelpfund erbringen soll; zweitens durch "Spenden" des amerikanischen und israelfreundlicher Kreise des westeuropäischen Finanzkapitals. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten eine Anleihe von 750 Millionen Dollar (3 Milliarden israelische Pfund) zugesagt. Die Zionisten wissen genau, daß die den Arabern von beiden Supermächten aufgezwungene Waffenruhe bloß eine Unterbrechung des arabischen Befreiungskampfes darstellt und rüsten bereits wieder auf. Das israelische Militärbudget, das sich schon auf umgerechnet 1,5 Milliarden Dollar belief, wird weiter erhöht. Dayan erklärte, Israel stünde nicht am Ende, sondern erst am Beginn des Krieges.

Die ohnehin schon durch eine Inflationsrate von 20 Prozent und hohe Steuern gespannte finanzielle Lage der israelischen Bevölkerung wird bis an die Grenze des Erträglichen getrieben.

Während des Krieges unterstützten die auf dem okkupierten Westufer des Jordan lebenden Araber den Kampf der Palästinenser und der arabischen Armeen und gingen nicht zur Arbeit. Dadurch und durch die riesige Zahl der zum Militärdienst einberufenen Israeli fiel das israelische Bruttosozialprodukt im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg um ein Drittel.

In Israel und den besetzten Gebieten haben während des Krieges und auch nach der Feuereinstellung die Aktionen der palästinensischen Partisanen rapide zugenommen. In ganz Israel wurden und werden militärische Einrichtungen angegriffen. Die palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon wurden erfolgreich verteidigt. So zeigt das palästinensische Volk klar, daß es nicht gewillt ist, sich den Supermächten zu beugen und die Waffe aus der Hand zu legen. Die Palästinenser setzen ihren gerechten Kampf weiter fort. ●

Amerikanische Waffen halten Lon Nol über Wasser

Wie lange noch?



Am 9. November hat die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas ihren Beschluß bekanntgegeben, jene Ministerien der Regierung, die bis jetzt noch im Ausland arbeiteten, ins Inland zurückzuverlegen. Der Befreiungskampf, so heißt es in einem Kommunique, "hat die Endphase erreicht, welche unvermeidlich zum vollen Sieg führen wird. Die befreite Zone, die stetig gefestigt und vergrößert wird, umfaßt schon über 90 Prozent des Territoriums. Die Volksmacht wurde auf allen Verwaltungsebenen errichtet und regiert mehr als fünfeinhalb Millionen Einwohner". Mit Rücksicht auf diese Realität sei der Beschluß der Zurückverlegung der Ministerien gefaßt worden. "Somit befindet sich die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas mit allen ihren Ministerien in Kambodscha, wo sie voll und ganz die Macht ausübt."

Ende Oktober haben die Befreiungskämpfer die Bilanz ihrer Erfolge in der zwölfmonatigen Zeitspanne seit dem November 1972 gezogen. In dieser Zeit verlor die Lon-Nol-Clique 178.000 Soldaten, die entweder getötet bzw. gefangengenommen wurden oder auf die Seite der Befreiungsstreitkräfte übergingen. Diese konnten 44.000 Waffen und 600 Kommunikationsinstrumente erbeuten, nahezu 1.300 Panzer, Panzerwagen und Kraftfahrzeuge vernichten oder erbeuten. 771 Kriegsschiffe und Frachtdampfer wurden versenkt oder schwer beschädigt, 292 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen bzw. am Boden vernichtet sowie beinahe 1.600 Posten und Kasernen des Feindes zerstört.

Der Feind mußte sich seit langem schon in Phnom Penh und anderen Städten verschanzen. Die Volksstreitkräfte kontrollieren jetzt das Gebiet südlich des Thnot-Flusses, 7 bis 8 Kilometer südlich von Phnom Penh. Auch einige andere Städte, die noch von den Landesverrätern um Lon Nol besetzt gehalten werden, sind von den Volksstreitkräften eingeschlossen.

In den Städten kommt es immer wieder zu Hungerrevolten. So auch in Pochentong, 15 Kilometer von Phnom Penh entfernt. Die Bevölkerung lebt dort am Rande des Hungertodes. Dazu kommt noch die Angst, zum Kriegsdienst gezwungen und von den Landesverrätern in Phnom Penh als Kanonenfutter verheizt zu werden. Auch die Marionettensoldaten und ihre Familien hungern, da ihr Sold von den Offizieren unterschlagen wird.

Als bekannt wurde, daß der Bürgermeister von Pochentong Reis für den Schwarzen Markt gehortet hatte, faßten die Einwohner den Entschluß, den Speicher zu stürmen. Hunderte Zivilisten und rebellierende Lon-Nol-Soldaten, die mit ihren Waffen die Zivilisten schützten, leerten in wenigen Minuten das Reislager. Ein Bewohner von Pochentong erklärte: "Solange wir Gewehre in den Händen haben, werden wir nicht hungern!" ●

Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (96 Seiten) S 10,—
W. I. Lenin: Staat und Revolution (168 Seiten) S 10,—
Bestellungen: 1205 Wien, Postfach 3